

SoVD · Muhliusstraße 87 · 24103 Kiel

Landeshaus
Sozialausschuss
per E-Mail

Landesgeschäftsstelle
Abteilung Sozialpolitik

Ihr Gesprächspartner:
Christian Schultz
Tel. 0431 98388-70
Fax 0431 98388-72
sozialpolitik@sovd-sh.de

<p>Schleswig-Holsteinischer Landtag Umdruck 19/5722</p>

27.04.2021

Auswirkungen der Corona-Pandemie
Stellungnahme des SoVD Schleswig-Holstein

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Sozialverband Schleswig-Holstein vertritt mehr als 160.000 Mitglieder im nördlichsten Bundesland. Darunter sind viele Menschen, die es bereits vor dem Auftreten des neuartigen Coronavirus finanziell und sozial schwer hatten. Beispielsweise Menschen mit Behinderung, Alleinerziehende und Arbeitnehmer*innen im Niedriglohnbereich.

Doch durch die Auswirkungen der Pandemie und die getroffenen Maßnahmen haben sich viele dieser Probleme vervielfacht. In unserer Stellungnahme möchten wir einige dieser Punkte gezielt benennen.

1. Verbandsarbeit: Vereinsamung und Isolation

Der SoVD ist nach dem Landessportverband der größte Verein in Schleswig-Holstein. Neben unserer Beratungstätigkeit im Sozialrecht findet das eigentliche Leben des SoVD in den rund 360 Ortsverbänden statt. Angefangen beim regelmäßigen Klönschnack, über die Tagesreise bis zur Weihnachtsfeier – für viele unserer Mitglieder spielt sich ein beträchtlicher Teil des sozialen Austausches über die Angebote des SoVD ab.

All diese Tätigkeiten stehen seit mehr als einem Jahr im totalen Stillstand. Bis auf eine willkommene Pause im letzten Sommer ruht die ehrenamtliche Arbeit in den Ortsverbänden. Kein Austausch, keine Feste, keine persönlichen Begegnungen.

Sozialverband Deutschland
Landesverband Schleswig-Holstein e.V.

Muhliusstraße 87
24103 Kiel
www.sovd-sh.de

Tel. 0431 98388-0
Fax 0431 98388-10
info@sovd-sh.de

Amtsgericht Kiel VR 5533 KI
Landesvorsitzender: Alfred Bornhalm
Landesgeschäftsführer: Sönke Lintzen

Evangelische Bank eG (EB)
BIC: GENODEF1EK1
IBAN: DE66 5206 0410 0006 4009 14

Für den Verband selbst ist das ein großes Problem, wenngleich die Mitgliederzahlen dennoch weiter wachsen - allerdings weniger stark als in den Vorjahren. Viel gravierendere Auswirkungen hat die Pandemie jedoch für unsere Mitglieder. Insbesondere alleinstehende, ältere Bürger*innen können den Verlust an sozialem Austausch nicht anderweitig kompensieren. Schon jetzt beobachten wir deshalb gesamtgesellschaftliche Folgen von Vereinsamung und Isolation. Hier muss die Politik Maßnahmen und Angebote planen, um mögliche psychische Folgen für die Menschen abzufedern.

2. Ehrenamt ist Risikogruppe

Mit großer Erleichterung beobachten wir, dass die Impfkampagne langsam Fahrt aufnimmt. Das ist auch zwingend notwendig. Denn zahlreiche ehrenamtliche Helfer*innen in unseren Ortsverbänden hätten bereits im letzten Jahr gern mehr für die Menschen angeboten, die auf Unterstützung angewiesen sind. Zum Beispiel durch die Begleitung zum Arzt, Hilfe beim Einkaufen oder zuletzt auch die Unterstützung zur Wahrnehmung des Impftermins. Weil diese ehrenamtlichen Helfer*innen aber aufgrund ihres Alters häufig selbst zur Risikogruppe gehören, war das nicht möglich.

Auch vor diesem Hintergrund sollte das Augenmerk in den nächsten Wochen darin bestehen, so viele Menschen wie möglich zu impfen. Wenn die Hochrisikogruppen ein Impfangebot erhalten haben, müssen so viele Menschen wie möglich die Möglichkeit bekommen sich impfen zu lassen. Frei von bürokratischen Hürden. Bei dieser Herausforderung sollten wir vor allem auf die Erfahrung und Kapazitäten der Hausärzte*innen im Land setzen.

3. Arme Menschen sind Verlierer der Pandemie

Auch wenn der SoVD zurzeit keine Mitglieder persönlich empfangen darf: In unseren Sozialberatungszentren mangelt es nicht an Arbeit. Viele Menschen haben Existenzängste, weil sie ihren Job verloren haben oder in Kurzarbeit sind. Familien geraten an ihre Grenzen, weil sowohl Vater als auch Mutter von zu Hause arbeiten. Wenn dann auch noch Schulen und Kitas schließen, kann das – je nach Wohnverhältnissen – zu explosiven Situationen führen.

Schon in dieser Schilderung zeigt sich: Arme Menschen sind wieder einmal deutlich stärker von den negativen Auswirkungen betroffen. Wer ein großes Haus hat, kann bequemer von zu Hause arbeiten als die vierköpfige Familie in der Zweizimmerwohnung. Wer einen sicheren Job hat, muss sich über Kurzarbeit keine Sorgen machen.

Ganz schlecht geht es all jenen, die auch schon zuvor jeden Cent zweimal umdrehen mussten. Empfänger*innen von Grundsicherung müssen – wie andere Bürger*innen auch – zusätzliche Ausgaben stemmen. Von der FFP2-Maske bis zum Laptop und schnellem Internet für das schulpflichtige Kind. Die bisher gezahlten Einmalhilfen der Politik waren da nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir als Sozialverband fordern ganz klar: Empfänger*innen von Grundsicherung müssen einen monatlichen Zuschlag von 100 Euro erhalten. Solange die Pandemie dauert.

4. Beschwerden zur Pflegeversicherung

Ebenso wie die Sozialberatung des SoVD arbeitet auch der Medizinische Dienst seit vielen Monaten nur digital. Grundsätzlich ist zu begrüßen, dass sich die Behörden nun notgedrungen in hohem Tempo digitalisieren. Aber bei bestimmten Tätigkeiten führt dies zu erheblichen Problemen – da ist vor allem die Gutachtertätigkeit für die Pflegeversicherung zu nennen.

Eine Einschätzung der gesundheitlichen Situation kann schlecht über das Telefon erfolgen. So kommt es seit Beginn der Pandemie vermehrt zu Widersprüchen und Klagen – beim SoVD haben solche Verfahren im letzten Jahr um 45 Prozent zugenommen.

5. Finanzierung der Corona-Krise

Mit großer Sorge blickt der SoVD auch auf die Zeit nach Corona. Schon jetzt bringen sich Institute und Politiker*innen in Stellung und machen Vorschläge zur Finanzierung der Kosten durch die Corona-Krise. Von einer Anhebung des Rentenalters ist da beispielsweise die Rede. Von steigenden Beiträgen in der Sozialversicherung.

Als Interessenvertreter derjenigen, die besonders unter der Pandemie zu leiden haben, können wir nur warnen: Die Corona-Krise darf nicht zum Anlass genommen werden, um Kürzungen am Sozialstaat durchzusetzen. Im Gegenteil – gerade jetzt brauchen wir in Deutschland und Schleswig-Holstein ein starkes soziales Netz. Denn wenn wir jetzt an dieser Stelle sparen, wird das zu massiven sozialen und finanziellen Folgen in der Zukunft führen. Jeder zusätzliche Schulabbrecher, jede Schulabbrecherin, ist eine soziale Katastrophe. Für die Schüler*innen und die Familie selbst, aber auch für unser Land.

Daher appellieren wir als Sozialverband an die Verantwortungsträger*innen in der Politik: Hüten Sie sich vor vermeintlich alternativlosen Entscheidungen, deren Kosten wir alle später tragen müssen.

Fazit

Die Politik muss nun vor allem das Chaos beim Impfen in den Griff bekommen. Gleichzeitig sind Schritte zu unternehmen, um noch weiteren finanziellen Schaden von den Schwächsten in unserer Gesellschaft abzuwenden.

Wir freuen uns, Ihnen unsere Sichtweise auch im persönlichen Gespräch vorzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

Alfred Bornhalm
Landesvorsitzender

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Alfred Bornhalm', is written over the typed name.